

BRIV



ALZ 203

Erscheint monatlich 2 mal
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des
Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg.
Vierteljahresabonnement
durch die Post 90 Pfg.

1. Oktober 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II.
Fernsprecher: F 7 Jannowisch 2582 und 0438.

5. Jahrgang Nr. 19

Um was es geht.

Das deutsche Proletariat fühlt instinktiv, daß in der Festigung jener Leute des Herrenklubs, also der ausgesprochenen Militärfaste, innerhalb des Staatswesens ihm eine Gefahr droht.

All die Proleten der glorreichen Zeit, als uns Deutsche ein Mann beherrschte, der den Anspruch zu den Söhnen im Waffenrock, die aus dem Volke entnommen waren, tat „Und wenn ich es Euch befehle, so habt Ihr auf Vater und Mutter zu schießen“, wissen, daß dies der Absolutismus war, der sich auf die Gewalt stützte und eine Kaste verkörperte, die auf ihre Vorrechte gegenüber dem Volke pochte, die aber oftmals bewies, daß sie von den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten für das Allgemeininteresse des Landes und seiner Bewohner, geschweige denn für die Nothe des arbeitenden Volkes, auch nicht das geringste Verständnis besaß. Dieselbe Kaste glaubt, die Zeit sei gekommen, wo sie mit Hilfe Hitlers ihre reaktionären Pläne durchführen kann.

Von dieser Seite droht dem werktätigen Volke die Gefahr der Versklavung. Gelingt es wiederum, ihre absolutistische Herrschaft aufzurichten, dann beginnt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa „eine neue Periode der Heiligen Allianz“.

Heute rächt es sich, daß die sozialdemokratische Regierung, die nach dem bis 1918 andauernden Völkermorden die Machtmittel des Staates in ihre Hände nahm, nicht fähig war zu erkennen, daß zur Erhaltung freiheitlicher Rechte, zur Erhaltung einer sozialistischen Republik notwendig war, jener Aristokratie die Möglichkeit zur Untergrabung der Republik durch Enteignung des Grund und Bodens und Ausschaltung aller Sonderrechte zu nehmen, wie es selbst die Vertreter des revolutionären Bürgertums in Frankreich taten, indem sie das Land unter den gewesenen Leibeigenen verteilten, und wie es die Vertreter der bürgerlichen Republik Spanien für dringend notwendig hielten. Doch sie dachten nicht daran, Hand an die Güter der Ostelbier zu legen, die großen Rüstungsbetriebe, die während der schrecklichen vier Kriegsjahre unter der Diktatur der Militärgewalt standen, auch für die Friedensindustrie unter die Herrschaft des Staates zu stellen. Sie waren trotz ihres Geschreies von Sozialisierung nicht einmal fähig, den Bergbau zu verstaatlichen, den Banken das Kapital zu entziehen, um es selbst zu verwalten. Sie hatten nur ihre Sorgen auf die Erhaltung und den Ausbau ihrer Fufferkrippen konzentriert. Und so mußte ihnen ihre Macht, die keine war, da sie das Wirtschaftsgetriebe des Staates nicht in Händen hatten, auch wieder entgleiten und denen wieder zufallen, denen man die eigentliche Macht, das Kapital, den Besitz und die Militärgewalt, gelassen hatte.

Das Kapital und der Grundbesitz hatte seine Söhne als Vertreter des Absolutismus in die Militärgewalt entsandt, um damit auch dieses Machtmittel fest in der Hand zu haben. Wenn die Vertreter des Kapitals und des Grundbesitzes sich nach dem Umsturz verkrachten hatten, weil sie glaubten, das Ende ihrer Gewalt sei nun gekommen, so sahen sie sich angenehm enttäuscht dadurch, daß der Mann des Volkes, der Reichswehrminister Noske, gerade die Vertreter des Absolutismus zur Niederschlagung der rebellierenden Arbeiter berief und ihnen die Macht in die Hände gab. Damit hatte die feudale Adelskaste gefiegt und war es ihr fortan ein leichtes, ihre Macht immer weiter auszubauen.

Es mußte kommen, was gekommen ist. Schon damals hätte das gesamte Proletariat erkennen müssen, daß eine Partei, die am Vorabend der Revolution ihren Anhängern versicherte, daß das deutsche Volk nicht reif sei für eine Republik, es nicht ernst mit ihrem sozialistischen Programm meint und mußte es ablehnen, dieser Partei die Geschicke der jungen Republik in die Hände zu geben. Hinzu kam die dadurch hervorgerufene Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse und der damit in Erscheinung getretene Bruderkampf im Proletariat, in dem die Kräfte ziellos vergeudet wurden, was der herausziehenden Reaktion Gelegenheit gab, sich umso schneller zu festigen. Nur so war es möglich, daß die Reaktion dem Proletariat über den Weg der Demokratie, später durch diktatorische Maßnahmen, alle einstmalig in der gegebenen Situation zugefallenen Rechte rauben und es bis auf's Hemd ausbeuten konnte.

Daß die Militärfaste ihre Vorherrschaft noch enger zu befestigen sucht, ist verständlich und muß das Proletariat alle Vorgänge der letzten Zeit innerhalb der Innen- und Außenpolitik von diesem Gesichtswinkel aus betrachten.

In diesen Rahmen fällt auch der freiwillige Arbeitsdienst, von dem der Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflcht, Oberst a. D. Hierl, offen ausspricht, daß er die Vorstufe zur allgemeinen Wehrpflicht ist und der in seinem Aufbauprogramm zum Arbeitsdienst erkennen läßt, daß dasselbe die Vorarbeit für die Rekrutenschule ist. Die gleiche Grundlage hat das von Papen herausgegebene Wirtschaftsprogramm, das Memorandum der Gleichberechtigung der Aufrüstung und nicht zuletzt der Erlaß des Reichspräsidenten über die Bildung eines Reichskuratoriums für Jugenderklichung.

Aus all den letzten Geschehnissen auf der politischen Bühne grinst uns der neue Moloch Militarismus entgegen, wenn auch z. Zt. noch etwas verschämt und ohne tobbringende Waffen. Doch die Leute, die das Kriegshandwerk als ihre Lebensaufgabe betrachten, sind die Führer der Lager des Arbeitsdienstes wie des neugeschaffenen Wehrsports und werden dafür Sorge tragen, daß der richtige Geist beim Geländesport erzogen wird, der den Gedanken der gegenseitigen Vernichtung von Menschen, die sich nie etwas zuleide getan haben, in sich verkörpert. Durch diese Kaste, die glaubt, allein die Herrschaft über das Volk ausüben zu müssen — zum Schaden der Gesamtheit — ist das Elend in der ganzen Welt hervorgerufen. Sie wird mit der Verwirklichung dieser Pläne der arbeitenden Bevölkerung neues Elend und neue Not bringen. Deshalb muß das Proletariat, unbeschadet seiner politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, diesen Plänen, die in ihrem Enderfolg zu einem neuen Kriege führen müssen, alle ihm noch zur Verfügung stehenden Mittel, den schärfsten Kampf entgegensetzen. Dies umso mehr, als schon heute wieder von Seiten derjenigen, die sich Vertreter der Arbeiterklasse nennen, diesen Rüstungsproblemen nicht etwa Widerstand geleistet, sondern, genau wie 1914, geredet wird. So schreibt der Major a. D. R. Mayr im „Reichsbanner“, der Wochenschrift der Eisernen Front,

über die Möglichkeiten einer Aufrüstung und Amortisierung der Reichswehr folgendes:

„Die unterschiedliche Behandlung Deutschlands in bezug auf Landesverteidigung ist auf die Dauer unerträglich. Dies gilt für alle einschlägigen Fragen, auch für die technischen. Wir rufen in Erinnerung, daß innerhalb der alten sozialistischen Internationale schon das Erfurter Programm „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit“ verlangte.

60 000 Berufssoldaten mit hochmodernem Material und den notwendigen Versuchs- und Lehranstalten, mit Heerenskommissaren der Volksvertretung und ein jährliches Milizrekrutenkontingent von 400 000 jungen Deutschen scheint uns vom Standpunkt der nationalen Sicherheit ebenso wie des Willens zur deutschen Freiheit zweckmäßiger als 200 000 oder gar 300 000 einseitig ergänzte Soldner.“

Das schreibt ein sozialdemokratischer Führer des arbeitenden Volkes. Wenn das Proletariat solche Männer zu seinen Führern zählt, dann braucht es sich nicht zu wundern, wenn in den Reihen der proletarischen Jugend jener Geist erzeugt wird, dem wir all das Elend nach dem Weltkrieg zu verdanken haben.

Das klassenbewußte Proletariat muß erkennen, daß dieser Geist der Junker und Barone uns in einen Abgrund stürzen muß. Es muß im internationalen Maßstabe jeden imperialistischen Krieg ablehnen und zur internationalen Völkerverbrüderung alles tun, was in seinen Kräften steht.

Es geht für das deutsche Proletariat in den nächsten Jahren um die Niederringung des kapitalistischen Ausweges durch Schaffung militärischer Verwickelungen, um die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges. Deutsches Proletariat, erkenne was ist!

Rußland an erster Stelle im deutschen Außenhandel

Während zu Beginn der Krise die europäischen Industrie-Länder in ihrem Einfuhrbedarf eine bedeutend stärkere Widerstandsfähigkeit zeigten als die überseeischen Agrar- und Rohstoffländer, ist diese Tendenz seit einem Jahre in Fortfall gekommen. Die Ursachen hierfür sind in der Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Europa, vornehmlich in der Abspernung der in ihrer Kaufkraft geschwächten europäischen Länder gegen die Aufnahme ausländischer Ware durch handelspolitische Maßnahmen, durch Devisenzwangsbewirtschaftung, ferner durch Erschwerung der deutschen Ausfuhr, durch Währungsentwertung in verschiedenen Konkurrenzländern zu suchen.

Trotzdem wird festgestellt, daß der Anteil Europas am deutschen Außenhandel im Jahre 1932 gegenüber dem Vorjahr nicht geringer geworden ist. Was zunächst die Einfuhr anbetrifft, die im ersten Halbjahr 1932 gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Milliarden Mark gesunken ist, so entfällt von diesem Rückgang der größte Teil auf die Warenbezüge aus Europa. Deutschlands Einfuhr aus Europa sank um 800 Millionen, aus überseeischen Ländern um 600 Millionen Mark. Die Hälfte des Rückganges der Einfuhr aus europäischen Ländern entfällt folgendermaßen:

Frankreich	minus 107 Millionen
Großbritannien	„ 100 „
Italien	„ 68 „
Holland	„ 65 „
Tschechoslowakei	„ 56 „

Aus den überseeischen Gebieten hat die Einfuhr vornehmlich aus Amerika (U.S.A.) um 166 Millionen und aus Britisch-Indien um 76 Millionen Mark abgenommen. Verteilt auf die einzelnen Stoffe beträgt der Rückgang aus den europäischen Ländern:

Rohstoffe	339 Millionen RM.
Fertigware	247 „ „
Lebensmittel	184 „ „

aus überseeischen Ländern:

Rohstoffe	440 Millionen RM.
Fertigware	47 „ „
Lebensmittel	133 „ „

Der Rückgang der Ausfuhr Deutschlands nach europäischen Ländern war gegenüber dem Vorjahr beträchtlich stärker, während die Ausfuhr nach überseeischen Ländern nicht so stark abgenommen hat. So hat die

Fertigwarenausfuhr für Europa um 0,9 Milliarden RM. für Uebersee um 0,3 Milliarden RM.

abgenommen. Das ist ein Rückgang um 33%.

Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren ist für Europa um 339 Millionen RM. für Uebersee um 86 Millionen RM. gesunken.

Von amtlicher Seite wird festgestellt, daß Rußland als einziges Land im ersten Halbjahr 1932 mehr Waren von Deutschland abgenommen hat als im gleichen Halbjahr 1931. Die Ausfuhr nach Rußland ist somit um 95 Millionen auf 356 Millionen RM. gestiegen, während die Einfuhr von Rußland, welche im 1. Halbjahr 1931 151,8 Millionen RM. betrug, im Jahre 1932 mit 147,8 Millionen RM. im ersten Halbjahr wenig gesunken ist.

Rußland steht damit im deutschen Außenhandel an erster Stelle.

Unter den Einfuhrländern wird die Sowjet-Union nur von den Vereinigten Staaten übertroffen, alle anderen Länder hat sie überflügelt.

Auch für Italien ist im Außenhandel eine kleine Zunahme von 4 Millionen RM. zu verzeichnen.

Bei objektiver Betrachtung sehen wir also, daß alle Furcht vor dem Bolschewismus das Wirtschaftsgebaren international nicht aufzuhalten vermag; daß der gesunde Menschenverstand und die kaufmännische Notwendigkeit vor dem Lande der Arbeiter- und Bauernpolitik nicht Halt machen kann.

Gruppe Landwirtschaft

Kinderausbeutung in der Landwirtschaft

Es ist eine Tatsache, daß auf dem Lande nicht nur der Landarbeiter ausgebeutet wird, sondern daß er mit Kind und Regel zur Arbeit verpflichtet ist, wenn er sich nicht der Gefahr der Entlassung aussetzen will.

Welche Gefahren — des Unfalls und des Kindermordes — damit verbunden sind, berichtet der „Schlesische Landesdienst“ an Hand einer Veröffentlichung der deutschen Zentrale für freie Jugendwohlfahrt. In dem Bericht heißt es: „Ihren stärksten Ausdruck findet die ungesunde Ausbreitung der landwirtschaftlichen Kinderarbeit in der Zahl der mit dieser landwirtschaftlichen Kinderarbeit zusammenhängenden Unfälle, von denen Kinder aller Lebensalter betroffen werden. Ein großer Teil dieser Unfälle ist auf die verbotswidrige Beschäftigung an landwirtschaftlichen Maschinen und anderen schwer zu handhabenden Gerätschaften zurückzuführen.“

Vielfach wurden Kinder, welche noch nicht einmal schulpflichtig waren, von schweren Unfällen betroffen. Die Ursache liegt hier meistens darin, daß die Eltern und älteren Geschwister mit der Landarbeit beschäftigt waren und die Jüngeren mit Arbeiten beauftragt wurden, die für sie viel zu schwer waren und nun gänzlich unbeaufsichtigt sehr leicht Schaden erlitten.“

Weiter wird in diesem Bericht gesagt, daß bei 5000 durch Unfall getöteten Kindern unter 15 Jahren nahezu 46% im Alter von 1—5 Jahren standen. Diese Zahlen sprechen eine geradezu grausame Sprache. Während man Mütter, die aus wirtschaftlicher Not die Geburt eines Kindes verhindern, mit Zuchthaus bestraft, läßt man hier die Kinder der Landarbeiter, die, gezwungen durch das Arbeitsverhältnis, ohne jede Aufsicht bleiben müssen, zu Tausenden durch Unfälle umkommen. — Wahrlich eine christliche Weltordnung.

Industrie-Verband für das graphische Gewerbe

Appell an alle in der graphischen Industrie Beschäftigten

Wieder droht neuer Lohnabbau.

Für die graphischen Hilfsarbeiter wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach die Wochenlöhne in Berlin um 2,— RM. in der Spitze gekürzt werden. Ferner hat der Schlichter, unter Anknüpfung an die Papensche Notverordnung, festgelegt, daß der Reichstarif abge schafft und an dessen Stelle bezirkliche Tarife gesetzt werden.

Die neuen Bestimmungen über Tarifunterbrechung versuchen auch die Unternehmer des graphischen Gewerbes für sich in Anspruch zu nehmen. Auch sie möchten sich nicht mit der Prämie für neu eingestellte Arbeiter begnügen, sondern zugleich die Löhne abbauen. Darum ergeht unser Appell an alle in der graphischen Industrie Beschäftigten, gegen diese Maßnahme zur weiteren Verelendung eine einheitliche Kampffront zu beziehen.

Schluß mit der Gleichgültigkeit. Wir dürfen nicht länger zögernd und kampflös der Verelendung der Arbeiterschaft gegenübersehen. Wir müssen den Kampf aufnehmen

und aus der Erkenntnis heraus uns klar werden, daß wir Organisationen brauchen, die sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen,

und das sind die Industrieverbände!

Ein Industriezweig — ein Industrieverband, — im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die noch heute in Hunderte von Branchenorganisationen zerfallen und daher als Kampforganisationen nicht mehr in Frage kommen.

Vielen ist der Aufbau von Industrieverbänden noch nicht klar, und darum wollen wir kurz aufzeigen, was wir unter Industrieverband verstehen. Alle in der papier- und papperarbeiteten Industrie Beschäftigten, als da sind: Buchbinder, Galanterie-, Kartonagen-, Wellpappe-, Buchdrucker, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen, — sie alle gehören in den

Industrie-Verband: Graphisches Gewerbe.

Was sind nun die Aufgaben dieses Verbandes?

Die Existenz seiner Mitglieder nicht nur zu sichern, sondern auch zu heben, ferner die Mitglieder zu schulen in wirtschaftlichen und politischen Fragen. Auch darf der Industrieverband nicht den Unterstützungscharakter der freien Gewerkschaften tragen, sondern hat seinen Mitgliedern nur Unterstützung zu gewähren bei Streik, Maßregelung und Absperrung, sowie Rechtsschutz. Der Industrie-Verband ist aufgebaut auf den alten Grundgedanken: ein Stundenlohn als Beitrag, im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die heute auf Grund ihrer vielen Unterstützungsarten zwei und mehr Stundenlöhne als Beitrag erheben und dadurch aufgehört haben, eine Kampforganisation zu sein. Auch stehen dieselben noch heute auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft und kommen daher nur noch Versicherungen gleich.

Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir nicht noch tiefer in Not und Elend versinken wollen, dann ist es an der Zeit, daß wir uns unserer Aufgabe bewußt werden, und darum sagen wir Euch:

Macht Schluß mit diesen die Arbeiterschaft lähmenden Organisationen, reißt Euch ein in den

Industrie-Verband Graphisches Gewerbe, denn nur durch Kampf können wir Recht und Geltung verschaffen, und das sollte die Erkenntnis aller sein.

Jugendliche, gebt acht

Unter dieser Überschrift warnt „Der Korrespondent“ vor dem durch Deutschlands Gaue spukenden alten Preußengeist. Man geht auf die Pläne zur Militarisation der Jugend ein, kennzeichnet die einstweilen geschweifte Arbeitsdienstpflicht und kommt dann auf den freiwilligen Arbeitsdienst zu sprechen.

Worauf sollen die Jugendlichen aber nun acht geben? Da heißt es im Korrespondent:

„Keiner sollte zum freiwilligen Arbeitsdienst gehen, ohne sich vorher mit seiner Gewerkschaft über die Dinge ausgesprochen zu haben. Es ist ein Unterschied, ob der jugendliche Erwerbslose sich in einem Arbeitslager unter gleichgesinnten Klassengenossen befindet oder unter der Leitung irgend eines früheren Offiziers, dem die „Erziehung“, selbstverständlich im Sinne der Nazis oder des Stahlhelms, anvertraut ist. . . Aufgabe der Gewerkschaften muß es daher sein, sich in die Dinge einzuschalten, aufklärend zu wirken und dafür zu sorgen, daß der junge Kollege, der trotz allem in ein von den Wehrverbänden geleitetes Lager geht, weiß, welche Gefahren ihn dort umlauern.“

Das ist das alte Lied. Man erklärt sich gegen einen neuen Vorstoß der Reaktion und ist zugleich bereit, daran mitzuarbeiten. Wir sind der Meinung, daß die Jugendlichen

auf diese Lehre der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer acht geben sollten, denn sie waren es, die die Arbeiterjugend für den Krieg 1914/18 begeistern wollten und die nach der Revolution wieder den alten Preußengeist hochkommen ließen.

Darum heißt es, Schluß mit derartigen Manövern, klare Front gegen jeden Versuch der kapitalistischen Krisenüberwindung und Anspannung der Arbeiterjugend hierzu. Die Jugend gehört in die Front der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die Macht der gegnerischen Presse

Nach den neuesten Erhebungen gibt es in Deutschland 4703 Tageszeitungen. Die Auflage bewegt sich zwischen 55 und 559 000. Mit einer Auflage über 100 000 Exemplaren gibt es 23 Zeitungen. Die Mehrzahl der Zeitungen hat eine Auflage unter 10 000. Es ist bezeichnend, daß sich 43 Proz. aller Zeitungen als parteilos bekennen. 22 Proz. sind echte Parteizeitungen, 26 Proz. Richtungszeitungen, und bei 9 Proz. fehlen die Angaben.

Von den als politisch nachgewiesenen Zeitungen gehören 28 Proz. nach rechts, 13 Proz. zur Mitte und 8 Proz. nach links. Die SPD. ist mit 135 Zeitungen, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei sind mit 600 Zeitungen vertreten. Die Erfolge der beiden zuletzt genannten Parteien sind neben der Hilfe des Klerus auf die Macht einer weitverbreiteten Presse zurückzuführen. Im Jahre 1931 gab es bereits 120 nationalsozialistische Blätter. Diese Zahl wird bis jetzt noch zugenommen haben.

Läßt man die hier mitgeteilten Ziffern auf sich wirken, so kommt man zu der Überzeugung, daß die Macht der Presse in Deutschland überwiegend vom Bürgertum ausgeht wird. Da die Zeitungen die öffentliche Meinung machen, kann man sich ungefähr vorstellen, wie sich diese Handhabung des deutschen Zeitungsapparats auf Politik und Wirtschaft auswirkt. Wenn sich 43 Proz. aller Zeitungen als parteilos bezeichnen, so ist dies natürlich purer Unfuh.

Berücksichtigt man noch, daß der immerhin große Zeitungsapparat der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Presse ebenfalls auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung steht, so darf es nicht Wunder nehmen, daß es sehr schwer ist, die Arbeiter aus dieser Vernebelung herauszureißen.

Verurteilung wegen Verletzung der tariflichen Friedenspflicht

Eine tarifrechtlich wichtige Entscheidung fällt dieser Tage das Landesarbeitsgericht Baden in Karlsruhe. Für das Hafengebiet Mannheim besteht ein Tarifvertrag. Unlängst versuchten einzelne Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Hafengebiet Mannheim, von den Bestimmungen des Tarifvertrages loszukommen. Sie schlossen mit ihren Belegschaften Einzelarbeitsverträge ab, die niedrige Löhne als der Tarifvertrag enthielten. Die Gewerkschaften eruchten daraufhin den Arbeitgeberverband, seine Mitglieder gemäß den Tarifvertragsbestimmungen zur Vertragsstreue anzuhalten. Der Arbeitgeberverband kam diesem Ersuchen nicht nach, sondern löste das Mitgliedsverhältnis derjenigen Firmen, die vom Tarifvertrag loskommen wollten. Es kam infolgedessen zu einer Klage beim Arbeitsgericht, durch die festgestellt werden sollte, ob sich der Arbeitgeberverband einer Verletzung der Friedenspflicht schuldig gemacht habe, und ob die Arbeitnehmer die Firmen auf Schadenersatz wegen Kürzung des Lohnes verklagen könnten. Das Arbeitsgericht gab der Klage statt und sprach einen Schadenersatz von 6001 M. aus. Die Arbeitgeber legten Berufung ein. Das Landesarbeitsgericht schloß sich jedoch dem Urteil des Arbeitsgerichts an und wies die Berufung zurück. Es betont in seinem Urteil, daß der Arbeitgeberverband die Pflicht gehabt habe, unter allen Umständen seine Mitgliedsfirmen zur Vertragsstreue anzuhalten.

Seeschiffahrtsstraße Stettin — Swinemünde

Die Arbeiten zur Verbesserung der Seeschiffahrtsstraße Stettin-Swinemünde sind in Kürze beendet. Damit findet ein Wasserbauwerk seinen Abschluß, dessen Pläne schon vor 1914 in Angriff genommen wurden und darauf abzielten den Weg nach

Landsknechte werden gesucht

Die Zeiten, da man Soldaten anwarb, die den Teufel danach fragten, gegen wen sie zu kämpfen gezwungen wurden, für die es Hauptsache war, daß die Heerführer ihnen einen Sold gaben, womit sie zeitweilig ein wüstes Leben führen konnten, sind wieder erstanden. Abenteuerfuchende, Berufssoldaten, die das eigene Leben für einen Dreck ansehen, wenn nur der jeweilige oberste Kriegsherr es versteht, sie durch hohe Löhnung, leichten Dienst und schöne Uniformen zufriedenzustellen, werden in England 3. Jf. von mehreren Ländern gesucht. Wo es in der Welt Krieg gibt, erscheinen diese Allerweltssoldaten, denen es nur auf gute Bezahlung und leichten Dienst ankommt und die oftmals am nächsten Tage schon gegen die Kameraden von gestern kämpfen, wenn ihnen der gestrige Feind mehr Sold verspricht.

Diese Sorte Soldaten kämpfte mit den Spaniern gegen Abd el Krim und ebenso mit ihm gegen Spanien. Sie waren im Dienste der chinesischen Regierung und aller Rebellengeneräle im Reich der Mitte. China war jahrelang die große Chance für diese Landsknechte, doch China hat kein Geld mehr. Jetzt bietet sich eine neue Gelegenheit in Südamerika. Dort sind sich Bolivien und Paraguay um den Gran Chaco in die Haare geraten. Beide Länder machen nationale Freiheitsangelegenheit aus dieser Sache. In Wirklichkeit handelt es sich nur um Petroleum — Delkonzern gegen Delkonzern. Die Delfirmen sind interessiert, nicht die 3 Millionen Bolivianer oder die 900 000 Leute von Paraguay.

Der Krieg hat begonnen. Zum Kriegsführen gehören Soldaten; zwar haben beide Staaten eine allgemeine Wehrpflicht, haben eine Armee. Doch die genügen nicht, Bolivien hat insgesamt 7100 Offiziere und Mannschaften, Paraguay alles zusammengerechnet, Herr, Flotte und Polizei 4500 Mann. Im übrigen haben diese keine allzu große Lust, sich für die Delinteressen, für den Gran Chaco, dem grauenhaftesten aller Urwälder, sich nutzlos zu bekriegen und sich durch Seuchen, Hunger, Durst, Giftschlangen, Panter und Moskitos vernichten zu lassen. Deshalb sollen Landsknechte, die für jedermann in die Bresche springen, gewor-

ben werden. Die werden ohnehin froh sein, wenn man ihnen Arbeit gibt. Angesichts der großen Erwerbslosigkeit in allen Staaten wird dieses nicht schwer fallen. Man wird sie natürlich gut bezahlen. Man schickt die Werber aus, zunächst in England; Instruktoren und ehemalige Soldaten. Beide Staaten werden in England — Briefen gegen Briefen.

Die Londoner Zeitungen bringen spaltenlange Artikel darüber. Die Bolivianer sollen bereits ihre Verträge mit über tausend ehemaligen englischen Soldaten abgeschlossen haben, die sofort nach Bolivien eingeschifft werden sollen. Die Paraguayer suchen dagegen 400 englische Instruktoren als Ersatz für die abberufene argentinische Militärmission, die nicht erst warten, sondern sofort kommen sollen, um in aller Eile noch die Armee Paraguays — 4500 Mann; also für je elf Mann in Instruktor! — für die Kämpfe zu drillen. Wie gesagt, handelt es sich bei den Freiwilligen in großem Maße um ehemalige Soldaten, die nichts außer ihrem Kriegshandwerk gelernt haben und daher angesichts der großen Arbeitslosigkeit gern die gebotene Gelegenheit wahrnehmen. Viele von ihnen sind sogar verheiratet und haben Frau und Kinder, sie wissen genau, wie ungewiß ihre Zukunft im Gran Chaco ist, aber sie unterschreiben dennoch den Kontrakt. Einfach deshalb, weil das sofort gezahlte Handgeld so groß ist, daß es es ihnen möglich macht, ihre Familien seit langem wieder einmal mit dem Allernotwendigsten zu versehen und darüber hinaus sogar noch für längere Zeit zu sichern. Dies also sind die Landsknechte aus Not. Aber neben ihnen sind auch viele, viele, die es nicht nötig hätten, Krieg zu spielen, die zu leben hätten von den Erträgen vergangener Feldzüge und von Staatsrenten, und die dennoch mit hinausziehen in den Urwald, in den Krieg, weil es ihnen so im Blute liegt und weil es ihnen unmöglich erscheint, daß irgendwo in der Welt Krieg geführt wird — ohne sie. Und weil auch sie Handgeld und Löhnung locken. Da ist zum Beispiel der bolivianischen Regierung ein Angebot der britischen Kriegerorganisation zugegangen, in dem

gegen 500 komplett ausgebildete Soldaten per sofort lieferbar offeriert

und innerhalb 14 Tagen weitere 10 000 angeboten worden. Die Regierung von Bolivien hat der Organisation

zwar ihren „wärmsten Dank“ ausgedrückt, im übrigen aber erklärt, keinen Gebrauch davon machen zu wollen. Nicht etwa aus Humanitätsgründen, denn den Bolivianer ist es letzten Endes ganz gleichgültig, wer sich für sie kochschießen läßt. Aber erstens macht es der Welt gegenüber keinen allzu guten Eindruck, wenn man Soldaten sozusagen vom Großflisten bezieht, zweitens will man sich die Käse im Sack kaufen und sich seine Leute genau ansehen und drittens will man sich nicht bei bestimmten Preisen festlegen. Das Angebot von Landsknechten steigt nämlich in derart starkem Maße, daß man gar nicht alle einstellen könnte, und damit verbunden zeigen natürlich die Stückpreise und Versprechungen eine fallende Tendenz. Und darin sind sich die feindlichen Werber wunderbar einig: Keine Partei überbietet die andere, sondern beide nehmen vorläufig nur das Beste von dem überreichlich angebotenen Menschenmaterial und warten im übrigen ab, bis die Landsknechte um die Hälfte der heutigen Preise zu haben sind.

Man spart Geld und kauft Qualität: Soldaten mit Spezialkenntnissen,

wie Flieger, Aerzte, Sanitäter, Eisenbahner, Auto- und Tankfahrer, Transport- und Trainsachverständige. Für die legt man dann auch gern ein bißchen mehr an. Aber im übrigen wartet man ruhig ab; der Krieg muß ja nicht schon morgen geführt werden, wenn es dadurch billiger wird! Ganz besonders werden solche Artilleristen bevorzugt, die mit den modernsten schweren Geschützen umzugehen verstehen, denn das ist so ziemlich die einzige Waffe, die in Südamerika wirklich erstklassig vorhanden ist.

Was bietet man nun den Kriegslustigen an? Zunächst also einmal das Handgeld, das sofort gezahlt wird: zu Beginn der Werbung betrug es noch bis zu 70 englische Pfund, also etwa 1400 Mark, heute ist es schon bis zu 30 Pfund Sterling heruntergegangen und wird bei unvermindertem Angebot noch weiter fallen. Dann einen Wochenlohn von 4,5 Pfund Sterling für die Dauer des Krieges. Und endlich — eigentlich selbstverständlich — freie Ueberfahrt nach Südamerika. Aber nicht etwa im Zwischendeck, sondern in der ersten Klasse bei freier Verpflegung. Nur über die

Stettin auch für größere Schiffe befahrbar zu machen, denn im August 1914 betrug die Wassertiefe nur 7,5 Meter; damals konnten alle Schiffe bis zu sieben Meter Tauchtiefe oder aufwärts den Stettiner Hafen erreichen, ohne in Swinemünde zu leichtern.

Die durch Krieg und Inflation unterbrochenen Arbeiten wurden 1924 nach Gründung einer „Gesellschaft zum Ausbau der Seeschiffahrtsstraße Stettin-Swinemünde“, der die interessierten Körperschaften Stettins und der Provinz Pommern angehören, wieder aufgenommen. Dabei handelte es sich um die weitere Vertiefung bis auf 8,7 Meter. Begründung der Oder durch Vornahme mehrerer Durchstiche und vor allem um eine neue Befestigung der gesamten Strecke, die sich aus dem Unterlauf der Oder, dem Papenwasser, Stettiner Haff, der Kaiserfahrt und der Mellinfahrt zusammensetzt. Während die Vertiefung schon 1928 beendet war, ist die Fertigstellung der Leuchttower im Mai 1932 erfolgt. Die Begräbnisarbeiten werden Ende September fertiggestellt. Die Baggetungen sind inzwischen auf 9,6 Meter fortgeschritten worden. Ihre weitere Durchführung hängt von der Bewilligung der nötigen Geldmittel ab; dann können 8000 Tonnen Schiffe mit ihrer vollen Ladung den Stettiner Hafen erreichen.

Die durch die Baggerung gewonnenen vielen Millionen Kubikmeter Boden sind zur Aufbahrung von Ufergelände, Schaffung von Strandbädern und Sportplätzen verwendet worden, während durch die Verbesserung der Wasserhältnisse viele Morgen Weidelandereien der forst- und landwirtschaftlichen Nutzung zugänglich gemacht worden sind.

So sieht die Abrüstung aus

Während man täglich von Abrüstung spricht und durch Abrüstungskonferenzen dem Volke weiszumachen versucht, daß abgerüstet wird, teilt die englische Admiralität mit, daß das aus Sparmaßregeln im Jahre 1931 hinausgeschobene Bauprogramm von Kreuzern nunmehr in Angriff genommen wird.

Dieses Programm sieht den Bau von 2 Kreuzern von je 7000 Tonnen und einem Kreuzer von 5450 Tonnen vor, die besonders hohe Geschwindigkeit erreichen sollen. Die Kosten dieser drei Kreuzer belaufen sich auf ca. 80 Millionen Mark. Weiterhin werden 8 Zerstörer, 2 U-Boote und 2 Kanonenboote in Bau gegeben. — Eine herrliche Illustration zur Abrüstungskonferenz.

Auch China rüstet auf

Aus Schanghai wird gemeldet, daß das chinesische Kabinett sich mit dem Gedanken der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschäftigt. Als Muster hierfür sollen die Wehrverfassungen Frankreichs und Italiens dienen. — Die Einführung soll möglichst sofort erfolgen.

Wie Japan seine Raubpolitik rechtfertigt

Ein Jahr Krieg, Bombardement und Verwüstungen haben Japan ans Ziel gebracht. Die Mandschurei ist offiziell und anerkanntermaßen japanische Kolonie. Durch Auslieferung sämtlicher Eisenbahnlinien soll Japan noch einen Schritt weiter kommen zu seinem Vorstoß gegen die Sowjet-Union und die innere Mongolei.

Der japanische Kriegsminister Araki hat in einer Unterredung mit der Kommission, welche vom Völkerbund nach Japan geschickt worden war, ganz offen die Raubpolitik seines Landes aufgezeichnet und ausgesprochen, es ist sehr zu bedauern, wenn man in Europa für die Notwendigkeit der Handlungen Japans noch kein Verständnis hat und führte weiter aus:

Wenn man diese Frage verstehen will, so muß man auf die bisherige Geschichte zurückgreifen. Soll das Dasein Japans gesichert, die Landesverteidigung besichert und so der ganze Frieden in Ostasien aufrechterhalten werden, so kann dies nur durch die Herstellung des Friedens in der Mandschurei und die wirtschaftliche Unternehmungsfreiheit Japans in der Mandschurei ermöglicht werden; dies sind absolute

Voraussetzungen. Japan ist seit jeher dieser Ansicht und findet in der Mandschurei seine Lebenslinie, d. h. das Leben und Sterben des japanischen Volkes hängt mit der mandschurischen Frage zusammen. Dies wird sich daraus erklären, daß Japan auf Leben und Tod zwei große Kriege mit China und Rußland gekämpft hat. Auch aus dem Ergebnis des japanisch-russischen Krieges könnte man wohl den Schluß ziehen, daß Japan bemüht war, den Frieden in ganz Ostasien aufrechtzuerhalten, das chinesische Gebiet zu sichern und sich gleichzeitig die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung als absolute Voraussetzung für die japanische Existenz zu erwerben. Die Chinesen wollen aber in letzter Zeit die Rechte, die sie einmal fremden Ländern eingeräumt hatten, wieder an sich reißen; sie sind erfüllt von dem Gedanken, die Fremden auszuschließen, und beachten die wirtschaftlichen Sonderrechte in der Mandschurei nicht, die Japan durch zwei große Kriege mit China und Rußland erworben hatte. Sie wollen den Einfluß des japanischen Volkes von Grund aus vernichten und gefährden so die Existenz Japans. Mit der Verbreitung der antijapanischen Gedanken machte sich der Gegensatz zwischen den beiden Völkern überraschend bemerkbar, und die Lage wurde äußerst bedenklich. Gerade zu dieser Zeit kam es zu dem Attentat auf die südmandschurische Eisenbahn durch das chinesische Militär. Japanischerseits war die Befehlshaberarmee von Kwantung, der die Ueberwachung der Eisenbahnzone und der Schutz der japanischen Kolonien auf Grund der bestehenden Verträge obliegt, genötigt, Maßnahmen zur Selbstverteidigung zu ergreifen, um so die Rechte Japans zu wahren. Entsprechend der weiteren Entwicklung der Dinge trifft Japan seither nur Maßnahmen der Selbstverteidigung im Rahmen des Völkerrechts, d. h. Japan will seine politischen und wirtschaftlichen, aus den Verträgen sich ergebenden Sonderrechte verteidigen, den Landeschutz und die Ordnung mit Rücksicht auf seine benachbarten Gebiete gewährleisten, den enormen Handel zwischen Japan und der Mandschurei aufrechterhalten, die Kapitalanlage Japans in der Mandschurei in Höhe von etwa 2 Milliarden und dann auch das Leben und Vermögen von 1 Million Japaner einschließlich Koreaner in der Mandschurei schützen. Aber der mandschurische Staat ist neu entstanden und noch nicht stark genug, um den Schutzdienst übernehmen zu können. So tut es Japan aus seiner eigenen Kraft, d. h. Japan tut, was naturgemäß erforderlich ist.

„Japan unterstützt die Errichtung und Entwicklung des mandschurischen Staates. Was erwartet Japan davon auf dem wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gebiete?“

„Japan verlangt in bezug auf den mandschurischen Staat in außenpolitischer Beziehung, daß das Nebeneinanderleben der Völker verwirklicht wird. In innenpolitischer Beziehung wünscht es, daß die Herrschaft über 30 Millionen Menschen nach den moralischen Grundsätzen durchgeführt wird. Japan wünscht, so zur Herstellung des ewigen Friedens in der Mandschurei und somit auch in Ostasien beizutragen.“

Die Ausführungen des japanischen Kriegsministers zeigen deutlich, daß Japan seine Raubpolitik als etwas Selbstverständliches betrachtet. Wenn dieser Minister dann weiter betont, daß es Japan nicht einfallen wird, die russischen Rechte zu verletzen, gegen seine Grenzen vorzugehen oder die Weißrussen auszuspielen gegen Sowjetrußland und Japan weiß, daß der Friede in Ostasien von dem Zusammengehen Japans und Rußlands abhängt und Rußland daher seine grundsätzliche Politik mit Rücksicht auf die Tatsache des Bestehens des mandschurischen Staates nachprüfen müsse, um die freundschaftlichen Beziehungen dieser beiden Staaten auszubauen, so sind das alles schöne Worte, denen man äußerst wenig Glauben schenken darf, da feststeht, daß die japanischen Behörden die Absicht haben, weitere Annek-

tionen vorzunehmen, indem sie die Provinz Jehol der Mandschurei einverleiben wollen. In diesem Zusammenhang ist die Zusammenziehung großer Truppenteile Japans an der dortigen Grenze und der Ausbau eines Hafens in Raschin am japanischen Meer, als Gegenpol zu Wladiwostok, dem sowjetrussischen Hafen, zu bewerten.

Offen und brutal gibt Japan durch die Rede des japanischen Außenministers Graf Utschida zu erkennen, daß es vor Gewalt nicht zurückschreckt, wenn es um die Interessen Japans geht. Erklärt doch letzterer, daß die Maschinerie des Friedens, der Völkerbund, in keiner Weise als Heilmittel anzusprechen sei, da es sich bei der mandschurischen Frage lediglich um die Ausübung eines Selbstverteidigungsrechts handle. Er vertritt damit den Standpunkt, daß derjenige, der die Macht besitzt, auch das Recht hat.

So entwickelt sich im fernen Osten eine für die ganze Welt äußerst gefährliche Situation. Japan betreibt eine Expansionspolitik, die leicht dazu führen kann, daß sich im Weltmaßstabe die Kriegsfackel entzündet.

Arbeitslose werden öffentlich versteigert

Folgender Ausruf von einem Auktionator in Los Angeles in Amerika auf dem sogenannten Sklavenmarkt gefaßt:

„Hier, meine Herrschaften, ein schönes Mädchen; kann kochen, ist eine ausgezeichnete Kammerzofe, in der Lage, nach Diktat Briefe mit der Schreibmaschine zu schreiben. Was bieten die Herrschaften?“

So wird heute die Arbeitskraft öffentlich angeboten.

Zu diesem geradezu skandalösen Anbieten von Menschen zur Verwendung ihrer Kenntnisse ist man in letzter Zeit in Amerika geschritten, um auf Grund des Ueberangebots von Arbeitskräften erstklassige, geschulte und intelligente Kräfte für kärgliche Entlohnung zu beschäftigen und so erleben wir, daß Angebot von 3 Cent die Stunde als Erstangebot durchaus nicht selten sind.

Vorerwähntes Mädchen wurde dem Besitzer eines Gasthauses für 35 Cent zugelassen.

Ein Mann, der sich rühmte, geläufig englisch, deutsch, französisch, spanisch und italienisch sprechen zu können, wurde für 50 Cents an eine Automobilverleihfirma abgegeben.

Das freie Amerika versteht es ausgezeichnet, die Millionenerwerbslosigkeit seines Landes dazu auszunutzen, daß Menschen, öffentlich versteigert, ihrer Menschenwürde beraubt, von den Unternehmern möglichst billig ausgenutzt werden können. — Das ist der Segen der Kultur.

Wie hoch ist das Existenzminimum und was hat ein Empfänger von Wohlfahrts-Unterstützung?

Seit dem 2. September d. J. sind nachstehende Sätze für den Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger vorgegeben, die, gemessen an den für den äußersten Lebensbedarf ohne Miete und Anschaffungen dringender Art, festgesetzten Lebenshaltungssätzen die Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger zum Bestehen treiben müssen. Nachstehende Sätze werden pro Monat bezahlt, die daneben aufgeführten Zahlen stellen die Mindest-Lebenshaltungskosten dar:

Alleinstehender	28,— RM.	35,— RM.
Mann und Frau	41,— RM.	55,— RM.
„ „ „ m. 1 Kind	48,— RM.	65,— RM.
„ „ „ „ 2 Kindern	55,50 RM.	75,— RM.
„ „ „ „ 3 „	63,— RM.	85,30 RM.
„ „ „ „ 4 „	70,— RM.	95,50 RM.

Die auf diese Unterstützung Angewiesenen müssen also langsam aber sicher dem Hungertode entgegengehen.

Sabotage des Schlichtungswesens

Im Mai dieses Jahres ereignete sich ein Vorfall, der in der Öffentlichkeit große Beachtung fand: Die Arbeitgeberbeisitzer der Schlichtungskammer, die über einen Lohnkonflikt in der münsterländischen Textilindustrie zu entscheiden hatte, verließen die Verhandlung, als ein Schiedspruch gefällt werden sollte.

Jetzt haben sich die Unternehmervertreter der Münchener Zentralheizungindustrie vor dem Schlichtungsausschuß ähnlich verhalten. Als in den Verhandlungen zur Neuregelung des Tarifvertrags keine Einigung erzielt wurde, und die Gewerkschaftsvertreter die Fällung eines Schiedspruchs verlangten, verließen die Arbeitgeberbeisitzer den Verhandlungsraum. Selbst als ihnen der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses mit einer auf Grund der Ausführungsverordnung über das Schlichtungswesen zulässigen Ordnungsgeldstrafe drohte, ließen sich die Arbeitgebervertreter nicht zur weiteren Beteiligung an den Verhandlungen bewegen. Wie verlautet, sollen sie vielmehr erklärt haben, die angeordnete Geldstrafe würde ja von ihrem Verband bezahlt.

Da es sich hierbei allem Anschein nach um keinen vereinzelten Fall handelt, sondern um eine ziemlich planvolle Aktion gegen das Schlichtungswesen überhaupt, die noch in den in Kürze sich häufenden Tarifverhandlungen stärker in Erscheinung zu treten droht, sollte man sich im Reichsarbeitsministerium nunmehr entschließen, schärfere Maßnahmen gegen eine derartige Sabotage des Schlichtungswesens zu ergreifen. Wenn auch die Politik des Reichsarbeitsministers darauf hinausgeht, die Schlichtungspraxis möglichst einzuschränken zugunsten freier Verhandlungen der Tarifparteien, so kann jedoch nicht angenommen werden, daß er sich mit dem geschilderten Verhalten mancher Vertreter der Arbeitgeber einverstanden erklären wird.

Rückreise der „Mohren, die ihre Schuldigkeit getan haben“, wird nichts gesagt, denn entweder ist sie dann nicht mehr notwendig, weil der Freiheitskämpfer gefallen ist, oder er darf sie selbst bezahlen, oder es wirbt ihn ein anderer Staat an, der dann zufällig gerade einmal Krieg führt. . .

Eigentlich sonderbar, daß man die Werber aus Südamerika nach England schickt, während im Norden, in den Staaten, die Millionen der Veteranen das Kapitol in Washington belagerten, um einen Bonus herauszupressen, der sie über Wasser halten soll. Aber die Armeen von Bolivien und Paraguay bestehen zum größten Teil aus Farbigen und auch der ärmste amerikanische Veteran würde lieber hungern, als zusammen mit einem Eingeborenen Dienst tun. So hat man es gar nicht erst versucht, sondern sich lieber dahin gewandt, wo kolonialgewöhntes Volk, weniger vorurteilsvoll und mehr abenteuerlustig, guten Erfolg verspricht. Man hat sich nicht getäuscht: es gibt noch Landsknechte und mehr sogar, als im ganzen Dreißigjährigen Krieg!

Die Stratosphäre

Durch den berühmten Hochaufstieg im Freiballon, den Professor Piccard im Mai vergangenen Jahres bis zu nahezu 16 000 Meter Erhebung ausführte und den er jetzt mit 16 700 Metern übertroffen hat, einerseits und durch die im Bau befindlichen besonderen Flugzeugtypen, mit denen beabsichtigt wird, den Luftverkehr auf große Entfernungen in Höhen von 13 und mehr Kilometern zu verlegen, andererseits ist der Allgemeinheit das Wort „Stratosphäre“ geläufig geworden.

Der französische Gelehrte Teisseren de Bort und der Deutsche Richard Ahmann stellten vor dreißig Jahren gleichzeitig und voneinander unabhängig aus Beobachtungen selbstschreibender Ballone fest, daß in einer Höhe von 13 000 Metern die starke, bis dahin nach oben meist rascher werdende Abnahme der Luftwärme ziemlich plötzlich aufhört und sich darüber bis in größte bisher erreichte Erhebungen eine

Atmosphärenschicht von fast gleichmäßiger Temperatur befindet. Diese Erscheinung wurde bald für alle Klimagürtel der Erde, vom Äquator bis in die Polarzone hin, bestätigt. Dabei ergab sich, daß die Grenze zwischen den beiden Hauptschichten des Luftmeeres, der unteren sogenannten Troposphäre und der oberen, als Stratosphäre bezeichneten, in der heißen Zone am höchsten bei 17—18 000 Meter, in der kalten am niedrigsten schon in 8—10 000 Meter liegt. Die Troposphäre, in der sich alles Leben abspielt, ist die unruhige Zone der ewig wechselnden Luftbewegungen in wogender und senkrechter Richtung, der Tummelplatz von Wolkenbildung und Niederschlägen, Stürmen, Gewittern usw. In der Stratosphäre, deren Struktur man treffend als „blättrig“ bezeichnet hat, herrschen fast ausschließlich horizontale Luftströmungen; sie ist fast völlig frei von allen den eben erwähnten Schlechtwettererscheinungen.

Was war nun der Zweck des Höhenaufstiegs von Prof. Piccard? Dem Gelehrten kam es nicht auf Höhe an, sondern auf wichtige physikalische Forschungen, und zwar nicht auf Beobachtung von Temperatur, Feuchtigkeit und Wind — das alles wird nebenher mitgemacht und wird hierfür auch von aufgestiegenen unbemannten Ballonen mit Registrierinstrumenten genügend Material aus allen Erdzonen geliefert, sondern es handelte sich in erster Linie um Messungen der sogenannten durchdringenden Strahlung verschiedener Art, deren Kenntnis auch für große Höhen von weitgehender Bedeutung für die Wissenschaft, wie auch für manche technische und medizinische Probleme ist, und um luftelektische Beobachtungen. Beide konnten bisher nur auf Grund von Methoden direkter Augenbeobachtung und Ableitung durch Fachmänner ausgeführt werden.

Das Stratosphärenflugzeug soll jedoch ermöglichen, in den hohen, von böigen Winden, von Regen und Schnee, Nebel und Gewittern nie heimgesuchten Schichten äußerster Luftverdünnung, wo mit starken, schon jetzt verfügbaren Motoren von 800—1000 Kilometern in der Stunde erreichbar sein dürften, die Reisedaner von Kontinent zu Kontinent von Tagen auf Stunden abzukürzen, natürlich in zuverlässigen, gegen die kalte und dünne Außenluft abgedichteten und geheizten Luftschiffsräumen für Besatzung und Fluggäste.

Zum Volksentscheid der SPD

Die neuerliche Auflösung des Reichstages, die unter so dramatischen Verhältnissen erfolgte, hat wiederum aufs deutlichste gezeigt, was es mit dem sogenannten Recht des Volkes auf sich hat. Und solche Lehren, die so drastisch den wahren Wert der bürgerlichen Demokratie, die ganze Lügenhaftigkeit und Hohlheit dieser Phrase darlegen, solche Lehren braucht die Mehrheit der Arbeiterklasse. Denn diese Mehrheit ist, leider, immer noch des Glaubens, daß die bürgerliche Demokratie geeignet sei, dem Volk zu seinem Rechte zu verhelfen.

Daß diese Anschauungen bei der Mehrheit der Arbeiterklasse vorherrschend sind, ist das Werk der Sozialdemokratischen Partei, die in jahrzehntelanger Arbeit es verstanden hat, die Arbeiter zu vollkommenen Demokraten zu erziehen. Aber dieser Glaube an die Demokratie ist gegenwärtig einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt, durch das Auseinanderjagen der Volksvertretung seitens einer Regierung, die eigentlich nach den Spielregeln der Demokratie, die Mehrheit bestimmt, hätte abdanken müssen. Das Mißtrauensvotum, das Papen erhielt, war eindeutig: 512:42. Aber daß diese demokratisch-parlamentarischen Spielregeln keine Gültigkeit haben für diejenigen, die die Macht in Händen halten, das offenbarte die verflüchtete Reichstagsauflösung.

Bisher gelang es der SPD, große und ausschlaggebende Teile des deutschen Proletariats hinter sich herzuführen unter der Parole: die SPD ist die Befreierin einer wahren Demokratie und durch diese werden bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Es ist also ganz natürlich, daß nun in dem Augenblick, wo diese Demokratie zu verschwinden droht, die demokratischen Gläubigermassen von der SPD, der angeblichen Hüterin der Demokratie, irgend etwas erwarten, irgend welche Handlungen, Taten, die geeignet sind, die der Demokratie drohenden Gefahr der Beseitigung abzuwehren. Die SPD. mußte also, entsprechend früheren Worten, den Kampf gegen die Reaktion für die Verteidigung der Demokratie aufnehmen. Da jedoch ein solcher Kampf sich nur auf außerparlamentarischer Basis erfolgreich entwickeln könnte, wovor sich die SPD. scheut wie der Teufel vor dem Weihwasser, hat sie sich zu einem Manöver entschlossen, das eine Verteidigung der Demokratie vorkäuflich soll, in Wirklichkeit aber der Reaktion hilft zur Durchführung ihrer Pläne. Dieses Manöver ist der Volksentscheid, der in Wahrheit der Papenregierung auf sechs Monate hinaus Zeit läßt, zur Vorbereitung ihrer Taten. Klar und deutlich ist deshalb auszusprechen, daß der SPD. Volksentscheid nichts anderes bezweckt, als die Arbeiter vom außerparlamentarischen Kampf abzuhalten. Denn die SPD.-Führer wollen und können nicht mehr kämpfen. Sie sind so verpöcht und verchwägert mit allem, was kapitalistisch ist, daß ihre Umwandlung in richtige Klassenkämpfer als ein Ding der Unmöglichkeit angesehen werden muß. Die SPD. will Zeit gewinnen und glaubt, daß vielleicht in einigen Monaten doch eine Konjunktur eintritt, daß sich dann der Beschäftigungsgrad erhöht und so Verhältnisse entstehen, wo auch die politische Lage eine Entspannung erfahren wird. Das sind echt reformistische Gedankengänge, mit denen die klassenbewußte Arbeiterklasse nichts zu tun hat. Es kommt deshalb für die revolutionären Proletarier eine Beteiligung am Volksentscheid nicht in Frage.

Warum keine Beteiligung am Volksentscheid? Weil der Volksentscheid eine ausgesprochen parlamentarische Aktion ist, die nur einer Stärkung der parlamentarisch eingestellten SPD. dienen kann. Daran haben aber die revolutionären Arbeiter kein Interesse. Für sie kommt es darauf an, die außerparlamentarische Aktion in Fluß zu bringen. Doch dies ist nicht so leicht. Hier erhebt der KPD. die Aufgabe, die immer noch nicht gelöste Frage der Einheitsfront endlich einmal einer Klärung zuzuführen. Auch von der KPD. muß erwartet werden, daß sie sich nicht am SPD.-Volksentscheid beteiligt, daß sie vielmehr alles unternimmt, die außerparlamentarische Aktion einzuleiten.

Es soll durchaus nicht verkannt werden, daß die Frage des Volksentscheids geeignet ist, große Massen der Arbeiter zu interessieren. Daß es aber gilt, dieses Interesse der Massen auf die Tatsache zu lenken, daß durch den Volksentscheid den Arbeitern auch nicht geholfen werden kann. Das kann erreicht werden durch eine kluge Taktik der KPD. Wenn diese die Frage des Volksentscheids verbindet mit der Frage der außerparlamentarischen Aktion, eine Reihe von Forderungen aufstellt, wofür auch die SPD.-Arbeiter zu kämpfen bereit sind, wie beispielsweise Wiederherstellung der Pressefreiheit, Rückgängigmachung aller Zeitungsverbote, Unverletzbarkeit der Tarife etc., diese Forderungen der SPD. unterbreitet mit dem Vorschlag, gemeinsam für die Erfüllung dieser Forderung zu kämpfen, gemeinsam für diese Forderungen die Arbeiter zu mobilisieren und in den Kampf zu führen. Lehnt, was zu erwarten ist, die SPD. die gemeinsame Aktion ab, so besteht für die KPD. erst recht keine Veranlassung, den Volksentscheid zu unterstützen.

Die Ablehnung des KPD.-Angebotes durch die SPD. wird die Stellung derselben bei den Arbeitern erschweren und sie leichter Vertrauen zu den Kommunisten gewinnen lassen.

Die Stärke der SPD. liegt auf parlamentarischem Gebiete, die der Kommunisten auf außerparlamentarischem. Die SPD. weiß das sehr wohl und hüft sich darum ängstlich, sich in eine außerparlamentarische Aktion drängen zu lassen. Der Hebel zu einer solchen ist die Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Es ist darum bei dieser Sach-

lage ein unverzeihlicher Fehler, daß die KPD. es noch nicht verstanden hat, diese ihr günstige Situation auszunutzen und die SPD. durch geschickte und kluge Einheitsangebote in die Zwangsmühle verwickelt, entweder vor aller Arbeiteröffentlichkeit zuzugeben, daß sie gar nicht daran denkt, die Einheitsfront innerhalb der Arbeiterschaft herzustellen zu helfen. Das würde die Isolierung der SPD. vor den Massen bedeuten. Im anderen Falle, bei Eingehen der SPD. auf die KPD.-Angebote, würden dies die Einleitung der außerparlamentarischen Aktion zur Folge haben. In beiden Fällen aber würden die Kommunisten die Gewinner sein.

Um allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, hat deshalb die SPD. den Volksentscheid eingeleitet, so den demokratisch eingestellten Massen etwas bietend und von der Ueberzeugung ausgehend, daß nach Beurteilung der bisherigen Haltung der KPD. diese das Schwindelmanöver in nennenswerter Weise nicht stören wird.

Wie dem auch sei, für die revolutionäre klassenbewußte Arbeiterschaft ist und bleibt der SPD.-Volksentscheid ein parlamentarisches Betrugsmanöver, dem entgegengesetzt werden muß die außerparlamentarische Aktion.

Metallarbeiter wehren sich gegen verfluchten Lohnabbau

In einer Reihe von Betrieben wurde versucht, die bisherigen Löhne abzubauen. Bei diesen Abbauversuchen geht man, gemäß den früher gefassten Beschlüssen betriebsweise vor. Einmal soll dadurch eine Zerpflünderung der Arbeiterschaft erreicht werden, zum anderen wird durch ein solches Vorgehen der Unternehmer die Durchlöcherung der Tarife auf sehr einfache Art bewerkstelligt.

Doch ganz so einfach, wie es sich die Unternehmer gedacht hatten, geht denn die Geschichte doch nicht. So haben die Arbeiter der Berliner Betriebe Kalmann-Weißensee, Messingwerk Oberschöneweide, die Belegschaften vom Gußstahlwerk, Wittmann in Hagen-Haspe und vom Metallwerk Rheinslagen in Wuppertal-Ronsdorf, geschlossen gegen den geplanten Lohnraub manifestiert mit dem Erfolg, daß die Unternehmer von ihrem Vorhaben Abstand nahmen.

Damit wird der übrigen Arbeiterschaft klargemacht, daß es sehr wohl möglich ist, auch in Krisenzeiten wie den jetzigen, den Unternehmern erfolgreich die Stirn zu bieten, wenn die Belegschaften sich einig sind im Willen zur Abwehr jeder weiteren Lohnverschlechterung. Doch darf der Anfangserfolg nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Lohnabbauversuche wiederholt werden. Unbedingt müssen in allen Betrieben die Kollegen zusammentreten und die Frage gemeinsamer Abwehr gegen jeden Lohnraub besprechen. Es erscheint dringend geboten, daß gebietsweise alle Betriebsräte unter Beteiligung der Erwerbslosenausschüsse zusammentreten und die Lage besprechen. Nur so ist es möglich, die Frage der Abwehrbewegung einheitlich zu regeln. Die Verteidigung des Existenzminimums kann auf die Dauer nur erfolgreich geführt werden, wenn unter Zusammenfassung aller Kräfte den Unternehmerforderungen geschlossener Widerstand der Arbeiter entgegengesetzt werden kann durch Auslösung von Streiks.

Erwerbslosigkeit und kapitalistische Krise

Das Arbeitslosenproblem steht immer noch im Vordergrund aller Diskussionen. Und alle Diskussionen — seien es die der Freien Gewerkschaften über ihre Arbeitsbeschaffungsprogramme oder der Kapitalisten über Methoden der Wirtschaftsankurbelung — haben an der Ausichtslosigkeit der kapitalistischen Situation im Hinblick auf die Erwerbslosenfrage nichts ändern können.

Bevor der Nachweis versucht werden soll, daß auch das Programm der Regierung Papen, um deren Durchführung der Kapitalismus mit allen Mitteln kämpft, nichts Entscheidendes gegen die Arbeitslosigkeit tun kann, sei ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den letzten Krisenjahren geworfen.

Zuerst einige Tatsachen. Umlich schreibt das Institut für Konjunkturforschung in dem Septemberheft 1932:

Im ersten Halbjahr 1932 ist die Zahl der Beschäftigten in jedem Monat um 110—120 000 geringer geworden.

Im März 1932 war die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen um 1 090 000 größer als im Vorjahre, im April um 1 126 000, im Mai um 1 194 000, im Juni um 1 244 000.

Diese Zahlen bedeuten nichts anderes, als daß der Wirtschafts- und Produktionsprozeß immer weiter zusammenschrumpft und immer mehr Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausschaltet. 600 000 kaufmännische Angestellte arbeitslos, die Hälfte aller Metallarbeiter auf der Straße, diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Wie sieht es nun mit der Lebenshaltung der Erwerbslosen aus? Darüber ist der Statistisches Konjunkturinstitut folgendes zu entnehmen:

Von Mai 1929 bis Juni 1932 ist nach den Zahlenangaben des Arbeitsamtes die Zahl der Beschäftigten gesunken von 18 490 000 auf 12 779 000, d. h. um 5 711 000. Um diese Zahl ist also das Heer der Erwerbslosen in diesen letzten Jahren gewachsen. In der gleichen Zeit ist nach denselben Statistiken gewachsen die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger

in der Arbeitslosenversicherung um	132 000
in der Krisenfürsorge um	1 341 000
in der Wohlfahrtsfürsorge um	2 229 000

Als nichtunterstützte Arbeitslose werden angegeben 1 052 000. Dazu kommen noch mindestens 1 1/2 Millionen Erwerbslose, die von der Statistik überhaupt nicht erfasst werden. Diese Zahlen zeigen, wie groß die Verschiebungen innerhalb des Aufbaues der Unterstützungsgruppen sind. Die verschiedenen Notverordnungen der Regierung Brüning und die Arbeit der Papenregierung haben immer mehr Erwerbslose aus der Gruppe der Hauptunterstützten ausgeschaltet durch Verkürzung der Unterstützungszeit, Erschwerung des Hineinkommens in diese Gruppen, Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung usw.

Das ständige und unaufhaltbare Wachsen der Arbeitslosenzahlen bedeutet eine immer stärkere Belastung der noch arbeitenden Massen. Die Belastung der noch im Produktionsprozeß Stehenden wird dadurch noch größer, daß fast jede Familie und jeder Arbeitende mit aufkommen muß für die nicht oder ungenügend unterstützten Angehörigen.

Die Rationalisierung in den Nachkriegsjahren und die seit Jahren dauernde und sich weiter steigende Schrumpfung der Wirtschaft haben das Wachstum der Erwerbslosenarmee verursacht. Die angeführten Zahlen kennzeichnen die Situation bis zum Inkrafttreten des Papenprogramms. Was kann sich an der Lage der Erwerbslosenfrage mit den Maßnahmen dieses Programms ändern lassen? Seit Papen in Münster sein Programm verkündete, prophezeien die amtlichen Stellen die neue Konjunktur. Im Zeichen dieser bestimmenden Konjunktur will Papen die Arbeitsnot bekämpfen.

Welchen Weg schlägt die Regierung Papen dazu ein? Sie gibt dem Unternehmer nicht nur eine Jahresprämie von 400 Mark pro Neueingestellten, schenkt dem Unternehmer auf dem Wege der Steueranrechnungsscheine 40 % seiner Steuern und gibt ihm außerdem die Möglichkeit eines unerhörten Lohnabbaues durch Unterschreiten der Tariflöhne, durch gänzliches Aufheben der Tariflöhne bei Nachweis der Notlage des Betriebes etc. Niemand kann den Arbeitgeber kontrollieren. Der Lushang im Betrieb genügt, diese Maßnahmen durchzuführen. Sie bedeuten, daß kaum noch ein Unterschied bleibt zwischen den Beschäftigten und Arbeitslosen, daß bei allen Arbeitenden die Hungergrenze weit unterschritten wird. Wenn eine Konjunktur wirklich eintreten sollte, ohne die die Regierung Papen-Schleicher sich nicht halten können, so ist es möglich, daß einige hunderttausend Arbeitslose zu Kulibedingungen in den Produktionsprozeß wiederingestellt werden. Diese Neueingestellten und die Möglichkeit, durch Verschiebungen im Betrieb Neueinstellungen vorzutauschen und so die Prämien einzubeisfen und die Löhne abzubauen, sind das Instrument der herrschenden Klasse, die gesamte arbeitende Bevölkerung tief unter das Existenzminimum zu drücken. So sichert sich der Kapitalismus in seiner Niedergangsperiode die Profite.

Gegen das Reden vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden: das Papenprogramm zeigt keinen Weg zur Lösung des Erwerbslosenproblems. Es will und erreicht, wenn es durchgeführt wird, nur eins: Rettung des sterbenden Systems wirtschaftlich und politisch auf Kosten des Proletariats. Da ist seine Aufgabe in jedem Falle gleichviel, ob nun die verheißene Konjunktur nun kommt, um bald einer noch größeren Krise zu weichen, oder ob die Krise weitergeht.

Wir wissen, daß eine Lösung des Erwerbslosenproblems nur auf dem Wege der proletarischen Revolution möglich ist. Die gleiche Verelendung und Unterdrückung zwingt in gleichem Maße die Arbeitenden und die Erwerbslosen die Klassenfront zu bilden. Der Kampf muß sich in aller Schärfe gegen das Programm der Papenregierung richten, das den Arbeitslosen nicht hilft, sondern die ganze Arbeiterklasse zu unterdrücken sucht.

Beispiel für Bereicherung

Die „Frankfurter Zeitung“, die Wortführerin des deutschen Chemietrustes, führt das folgende Beispiel eines Betriebes an, in dem auf 100 Arbeiter 25 Arbeiter neu eingestellt werden und die Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden verkürzt wird. Danach ergibt sich folgendes Bild:

	Arbeiterzahl	durchschnittl. Stundenlohn	Arbeitsstd. geleistet	Gesamtlohnsumme
Vorher	100	1,— M.	4800	4800,— M.
Nachher:	125	87,5 Pf.	5000	4375,— M.

425 Mk. pro Woche spart in diesem Fall der Unternehmer an Lohn. Außerdem erhält er 400 Mk. Prämie für jeden eingestellten Arbeiter. Bei 25 neueingestellten macht er rund 10 000 Mk. pro Jahr oder 200 Mk. pro Woche.

So sieht in Wirklichkeit die Sorge der Kapitalisten um die Verminderung der Erwerbslosenzahl aus!

Krise bei Bata

Nachdem Henry Ford, der König der Automobile und Prophet des laufenden Bandes, der Krise sein Opfer gebracht hat, folgt ihm jetzt sein getreuestes Abbild, der Ford der Schuhe nach. Wie immer haben natürlich auch hier die Proletarier die Last des Opfers zu tragen. In den Fliner Werken Batas sind dieser Tage 5000 Arbeiter und Angestellte entlassen und weitere 7000 gekündigt worden. Da diese 12 000 Arbeiter jedoch in der Zwangssparkasse Batas 120 Millionen Kronen Einlagen haben und Bata diese nicht zurückzahlen kann und will, hat er eine Studienkommission ernannt, die „prüfen“ soll, unter welchen Bedingungen er die Arbeiter weiterbeschäftigen könne. Was dabei herauskommen wird, weiß man noch nicht. Aller Wahrscheinlichkeit nach ein so rigoroser Lohnabbau, daß der Schuhford die 120 Millionen bald „verdient“ hat. Und dann fliegen die 12 000 doch auf die Straße. . . getreu seinem amerikanischen Vorbild.